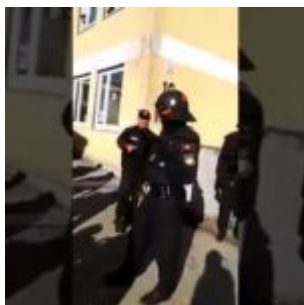


Donauwörth: Landfriedensbruch durch „Flüchtlinge“ – 30 Haftbefehle



Das bayerische Donauwörth ist mit seiner Erstaufnahmeeinrichtung für knapp 500 Flüchtlinge einer der Brennpunkte der gescheiterten Flüchtlings- und Migrationspolitik der Regierung Merkel.

Im Verlauf des Mittwochs kam es dort erneut zu schweren Zusammenstößen zwischen Schwarzafrikanern aus Gambia und starken Polizeikräften. Wie bereits vor vier Wochen konnte auch dieses Mal die Lage nur durch die Unterstützung von geschlossenen Verbänden der Bayerischen Bereitschaftspolizei unter Kontrolle gebracht werden.

Schwarzafrikanischer Flüchtlingsmob verhindert Abschiebung

In der Nacht zum Mittwoch gegen 3 Uhr wollten Beamte der Polizei Donauwörth einen gambischen Staatsangehörigen in der Erstaufnahmeeinrichtung festnehmen, weil er abgeschoben werden sollte. Offenbar wurde diese Urzeit gewählt, um das Risiko einer Einmischung durch seine Landsleute zu verringern. Wenn das so war, ging diese Rechnung nicht auf, denn schon nach kurzer Zeit sah sich die Polizeistreife einem wütenden Mob aus etwa 50 schwarzafrikanischen Asylbewerbern gegenüber. Nachdem diese auf die Beamten losgingen, hatten die Polizisten keine andere Wahl als die Maßnahme abubrechen und sich zurückzuziehen.

Zweiter Versuch mit Verstärkung

Bis zum Nachmittag traf dann Unterstützung in Form von Einsatzkräften der Bayerischen Bereitschaftspolizei ein und man rückte erneut an. Auch dieses Mal sahen sich die Vertreter der Staatsmacht einer Front aus aggressiven schwarzafrikanischen „Flüchtlingen“ aus Gambia gegenüber, die nicht nur auf die eingesetzten Kräfte losgingen, sondern auch das Mobiliar der und die Fenster der Unterkunft kurz und klein schlugen.

Mit Hilfe des Unterstützungskommandos wurden 32 randalierende Asylbewerber wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, versuchter gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung vorläufig festgenommen.



Starke Polizeikräfte waren nötig, um den Aufstand der Asylbewerber aus Gambia niederzuschlagen.

Der Polizeieinsatz konnte erst gegen 22 Uhr beendet werden. Eine Sprecherin des Malteser Hilfsdienstes, der die Erstaufnahmeeinrichtung betreut, bezeichnete die Lage am Donnerstag als angespannt, aber ruhig.

Staatsanwaltschaft beantragt insgesamt 30 Haftbefehle

Die Staatsanwaltschaft beantragte insgesamt 30 Haftbefehle wegen Fluchtgefahr, die dann vom zuständigen Haftrichter auch tatsächlich erlassen wurden. Der Augsburger Oberstaatsanwalt Mattias Nickolai erklärte, dass die Asylbewerber beim Widerstand erhebliche kriminelle Energie an den Tag gelegt hätten. Zwei Bewohner, gegen die kein Haftbefehl beantragt wurde, wurden in anderen Wohnheimen untergebracht. Selbstverständlich wird das zerstörte Mobiliar in der Erstaufnahmeeinrichtung wieder ersetzt. Das, sowie die erheblichen Kosten für den Polizeieinsatz und die Haft der „von Krieg und Verfolgung bei uns Schutz suchenden Menschen“ bezahlen die arbeitsamen Leute unseres Landes mit ihren Steuergeldern.

Der bayerische Flüchtlingsrat meint zu dem Vorfall:

„Proteste von Flüchtlingen wie in Donauwörth sind das Ergebnis der rigiden bayerischen Lagerpolitik. Große Lager“ bedeuteten auch „große Probleme“.

Mit dem letzten Satz hat der Flüchtlingsrat nicht einmal Unrecht. Fakt ist allerdings auch, dass eine Unterbringung der Asylanten nach dem „Gieskannenprinzip“ zwar wünschenswert wäre (insbesondere in den rein weißen Wohngebieten der besserverdienenden Gutmenschen, die bisher noch nicht in den Genuß einer solchen Nachbarschaft gekommen sind), aber in der Praxis durch die immense Zahl der „Neubürger“ in der Praxis nicht durchführbar ist.

Ghettos sind die Zukunft der Flüchtlinge in Deutschland

Zudem vergessen die Klugschwätzer vom Flüchtlingsrat noch etwas anderes: So gut wie alle „Flüchtlinge“, von denen wir heimgesucht wurden und jene, die noch kommen werden, landen irgendwann in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verarmt und gewaltbereit in Ghettos. Das ist Fakt. Das kommt so. In diese Ghettos wird sich dann auch die Polizei kaum mehr hineinwagen, weil dort Mord und Totschlag herrscht. Das ist die Zukunft, das ist das Schicksal der „Flüchtlinge“ und solche Ereignisse wie in Donauwörth stellen nur einen leichten Vorgeschmack auf das dar, was sich in Deutschland auf diesem Gebiet zusammenbraut.

Und die Verantwortliche dafür hat ohne eine Miene zu verziehen erneut geschworen, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen zu Nutzen mehr, Schaden von ihm zu wenden und das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes zu wahren und verteidigen. Sie konnte das tun, weil es immer noch genügend Deutsche gibt, die sie gewählt haben. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Frage, ob ein so dummes Volk das, was ihm nun blüht, nicht redlich verdient hat. (hsg)